

Die neue Wettbewerbsfähigkeit

Für Investitionen, Innovation und wirtschaftliche Stärke

Berlin, 25.06.2026

Deutschland ist eine der leistungsstärksten Industrienationen der Welt, aber dieser Status ist keine Garantie. Elektrifizierung, neue Produktionsprozesse und veränderte globale Lieferketten sind wirtschaftliche Realitäten, auf die deutsche Unternehmen heute schon reagieren – mit Investitionsentscheidungen, die über Jahrzehnte wirken.

Damit diese Entscheidungen gelingen, braucht es das, was Unternehmen von einer guten Wirtschaftspolitik zu Recht erwarten: Verlässlichkeit, klare Rahmenbedingungen und einen Staat, der seine Aufgaben erfüllt. Genau daran mangelt es derzeit. Kurzfristige Kurswechsel, das Rückabwickeln beschlossener Regeln und ein polarisierter Diskurs über Zukunftstechnologien verunsichern Unternehmen, bremsen Investitionen und beschädigen das Vertrauen in den Standort.

Dieses Papier zeigt, wo wirtschaftspolitisch nachgesteuert werden muss: beim Umgang mit Zukunftstechnologien im öffentlichen Diskurs, bei der Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und bei den Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb.

Kernforderungen

- Politische Delegitimierung der Modernisierung beenden
- Investitionen absichern: Politische Verlässlichkeit stärken
- Fehlanreize abbauen und fairen Wettbewerb ermöglichen

1. Politische Delegitimierung der Modernisierung beenden

Die zunehmende Delegitimierung von Klima-, Nachhaltigkeits- und Transformationspolitik ist zu einem ernsthaften Risiko für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Modernisierung geworden. Die Politik trägt dabei eine direkte Mitverantwortung: Wenn gewählte Amtsträger:innen Nachhaltigkeitspolitik pauschal als wirtschaftsfeindlich framen, Klimaziele als überzogen darstellen oder bewusst Unsicherheit über bereits beschlossene Instrumente säen, hat das unmittelbare wirtschaftliche Konsequenzen: Die Nachfrage sinkt, Unternehmen halten Investitionen zurück, Finanzmärkte preisen politisches Risiko ein und Pioniere, die frühzeitig auf Modernisierung gesetzt haben, werden faktisch bestraft.

Wenn Nachhaltigkeitsthemen systematisch in Gegensätzen inszeniert werden – Autofahren gegen Radfahren, Fleisch essen gegen Veganismus, ländlicher Raum gegen städtisches Leben – dann wird eine sachliche Auseinandersetzung über wirtschaftliche Zukunftsfragen verdrängt. Diese Polarisierung schadet nicht nur dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch dem Wirtschaftsstandort: Sie verunsichert Verbraucher:innen, verzögert die Marktdurchdringung neuer Technologien und macht Deutschland als Investitionsstandort für Unternehmen und Investor:innen weniger attraktiv.

Diese Delegitimierung betrifft nicht nur das Thema Nachhaltigkeit als solches, sondern zunehmend auch konkrete Zukunftstechnologien. Wärmepumpen werden als unrealistisch und teuer abgetan, Elektroautos als unausgereift dargestellt, der Ausbau von Windkraft und Solar als Landschaftsverschandelung oder ineffizient diskreditiert. Was technologisch längst Realität ist, globale Märkte bestimmt und weiter rasant wächst, wird im deutschen Diskurs häufig zum Streitobjekt

gemacht – und das mit direkten Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen in eben jene Industrien, die Deutschland als Wirtschaftsstandort dringend braucht – und auf die unser Land auch aus einer sicherheitspolitischen Perspektive angewiesen ist.

Wir fordern, dass Politiker:innen Verantwortung für eine sachliche, zukunftsorientierte Debatte übernehmen. Das bedeutet: keine öffentliche Relativierung international wie national abgestimmter Klimaziele, keine kurzfristigen Ausnahmen von beschlossenen Instrumenten aus wahltaktischen Gründen und keine Delegitimierung von Unternehmen und Technologien, die den Wandel aktiv gestalten.

2. Investitionen absichern: Politische Verlässlichkeit stärken

Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Produktionsanlagen und Technologien haben Amortisationszeiträume von 10 bis 30 Jahren. Unternehmen tätigen diese nur, wenn der politische Rahmen stabil und vorhersehbar ist. Die Unsicherheit über aktuelle und zukünftige politische Rahmenbedingungen verlangsamt daher die notwendige Modernisierung.

Ein ökonomisch zentraler, aber häufig unterschätzter Aspekt ist die hohe Kostenwirkung politischer Kehrtwenden. Wenn Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen auf Grundlage beschlossener CO₂-Reduktionspfade, Energiestandards oder Förderprogramme treffen und diese später infrage gestellt, zurückgenommen oder neu verhandelt werden, entstehen nicht nur direkte finanzielle Verluste. Zugleich leidet das Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen. Die Folge ist eine strukturelle Zurückhaltung bei Investitionen – nicht primär wegen hoher Anforderungen, sondern wegen mangelnder Planungssicherheit (ifo Institut: 2025).¹

Gerade darin liegt jedoch auch eine unternehmerische Chance: Klare und verlässliche Rahmenbedingungen ermöglichen es Unternehmen, Investitionen, Innovationsprozesse und Ressourcen gezielt auf eine erwartbare Entwicklung auszurichten. Statt sich fortlaufend an wechselnde Signale anzupassen, können sie langfristige Strategien effizient umsetzen. Politische Richtungssicherheit senkt damit nicht nur Investitionsrisiken, sondern steigert auch die wirtschaftliche Effizienz. Sie ist kein Gegensatz zur unternehmerischen Freiheit, sondern eine Voraussetzung für deren produktive Nutzung.

Der BNW fordert daher eine höhere politische Verlässlichkeit. Einmal beschlossene Transformationspfade und regulatorische Rahmenbedingungen sollten langfristig Bestand haben, damit Unternehmen die notwendigen Investitionen mit ausreichender Planungssicherheit tätigen können.

3. Fehlanreize abbauen und fairen Wettbewerb ermöglichen

Die heutige Wirtschafts- und Finanzpolitik benachteiligt nachhaltig wirtschaftende Unternehmen in vielen Bereichen: Wer Umwelt- und Klimakosten einpreist, faire Löhne entlang der Lieferkette zahlt und die Auswirkungen seines Unternehmens auf Umwelt, Klima und Soziales berücksichtigt, hat häufig höhere Kosten als Wettbewerber, die externe Kosten schlicht externalisieren. Gleichzeitig werden klimaschädliche Wirtschaftsweisen durch direkte und indirekte Subventionen begünstigt. Das Ergebnis ist ein strukturell verzerrtes System, das nicht-nachhaltige Geschäftsmodelle systematisch bevorzugt. Ziel muss ein Ordnungsrahmen sein, in dem sich nachhaltige Geschäftsmodelle in einem fairen Wettbewerb befinden und ökologische Folgekosten nicht länger auf Gesellschaft und kommende Generationen abgewälzt werden.

¹ Ifo. 2025. [Konjunkturperspektiven 11/2025](#). Zuletzt aufgerufen am: 10.06.2026

CO₂-Bepreisung konsequent umsetzen und sozial absichern

Die CO₂-Bepreisung ist eines der wirksamsten Instrumente für nachhaltiges Wirtschaften. Eine verlässliche und wirksame Bepreisung von Emissionen schafft Investitionsanreize für klimafreundliche Technologien. Das Aussetzen des geplanten CO₂-Preisanstiegs im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) war daher ein falsches Signal. Wir fordern die konsequente Umsetzung und kontinuierliche Erhöhung eines sektorenübergreifenden CO₂-Preises mit einem verbindlichen Mindestpreis von mindestens 65 Euro pro Tonne. Zugleich muss sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass der EU-Emissionshandel (ETS I) nicht weiter verwässert wird und der ETS II wie geplant eingeführt wird.

Gleichzeitig muss die CO₂-Bepreisung sozial gerecht ausgestaltet werden. Der BNW fordert, die Einnahmen gezielt zu reinvestieren – etwa in ein Klimageld, Zuschüsse für einkommensschwache Haushalte sowie Sanierungs- und Alltagsmobilitätsprämien. Diese Maßnahmen sollten Teil eines praxisnahen Klimasozialplans mit einfachen Verfahren und klarer Definition vulnerabler Gruppen sein. So kann die Modernisierungswirkung von CO₂-Preisen entfaltet werden, ohne soziale Verwerfungen zu verursachen.

Klimaschädliche Subventionen systematisch abbauen

Deutschland subventioniert weiterhin klimaschädliches Verhalten in erheblichem Umfang – etwa durch das Dieselprivileg, das Dienstwagenprivileg für Verbrenner oder die Energiesteuerbefreiung für fossile Rohstoffe in der Kunststoffproduktion. Problematisch ist dabei nicht nur der mangelnde Abbau bestehender Fehlanreize: Trotz angespannter Haushaltslage und fortschreitender Klimakrise werden weiterhin neue klimaschädliche Entlastungen geschaffen oder ausgeweitet. So wurde zuletzt die Luftverkehrssteuer gesenkt und damit ein besonders emissionsintensiver Verkehrsträger zusätzlich entlastet. Der BNW fordert einen verbindlichen, zeitlich geplanten Abbauplan für alle klimaschädlichen Subventionen. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen gezielt in die Modernisierung der Wirtschaft und soziale Ausgleichsmaßnahmen reinvestiert werden.

Mehrwertsteuersystem an Nachhaltigkeitszielen ausrichten

Die Mehrwertsteuer ist ein wirkungsvolles wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument. Ihr Potenzial, Konsum und Investitionen gezielt in Richtung Zukunftsfähigkeit zu steuern, bleibt bislang jedoch weitgehend ungenutzt – etwa wenn Hafermilch mit 19 Prozent besteuert wird, während für Kuhmilch der ermäßigte Satz von 7 Prozent gilt, oder wenn Reparaturdienstleistungen steuerlich kaum begünstigt werden. Gleichzeitig zeigt die Umsatzsteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen, wie steuerliche Anreize gezielt klimafreundliche Technologien fördern können. Der BNW fordert daher eine grundlegende Reform des Mehrwertsteuersystems mit klarer Ausrichtung an Klima-, Ressourcen- und Nachhaltigkeitszielen.

Kontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

**Prof. Dr. Katharina
Reuter**

Geschäftsführerin

[reuter@bnw-
bundesverband.de](mailto:reuter@bnw-bundesverband.de)

Konstantin Litke

Leiter Politik und
Kommunikation

[litke@bnw-
bundesverband.de](mailto:litke@bnw-bundesverband.de)

Lukas Fox

Stellvertretender
Leiter Politik

[fox@bnw-
bundesverband.de](mailto:fox@bnw-bundesverband.de)